

INFOTICKER

05.02.10 Nr. 5/ 2010 Neuigkeiten aus dem Brandenburger Parlament

 www.cdu-fraktion-brandenburg.de



Fotos: Karin Schmidt (großes Foto), Tommy Weiss

Bildungschancen

SPD-Problemkind: Schüler-Bafög

Das umstrittene Schüler-Bafög der SPD ist von blanker Hoffnung getragen und ein Projekt ohne Zukunft, sagt Gordon Hoffmann, Bildungs- und Jugendpolitischer Sprecher der CDU-Fraktion im Landtag Brandenburg. Im Interview mit INFOTICKER erklärt er, warum.

INFOTICKER: Warum halten Sie das Schüler – Bafög für ein Problemkind?

Weil es am Ziel, die Bildungsqualität in Brandenburg zu verbessern, weit vorbei geht. Sehen Sie, es nützt doch nicht, einfach 100 Euro zu verschenken. Selbst die von blanker Hoffnung getragene Bitte der SPD, dieses Geld für Bücher, Füller oder Lernsoftware auszugeben, ist zum Scheitern verurteilt.

Woher entnehmen Sie das?

Der Gesetzentwurf sieht eine Pauschale ohne Nachweispflicht vor. Es ist somit ein Blankoscheck, mit dem alles

gekauft werden kann.

Eine stichprobenartige Überprüfung der Verwendung könnte doch Missbrauch vorbeugen, oder?

Nein, wir haben schon im Kreistag über diese Möglichkeit mit Experten gesprochen.

Diese gehen von Kosten in Höhe von 50 Euro pro Überprüfung aus. Diese zusätzlichen Gelder belasten den Landeshaushalt. Letztendlich sind es aber unsere Steuergelder, die nicht in die Bildung fließen, sondern der Kontrolle des von allen Seiten angezählten Schüler – Bafög zum Opfer fallen. Das ganze Verfahren ist „Murks“ und führt letztlich zu mehr Bürokratie und Unkosten.

Unterstützung bei der Bildung ist doch aber eine grundsätzlich gute Idee. Sehen Sie das anders?

Ganz und gar nicht! Die CDU hat die Bedeutung der Bildung immer herausgehoben. Ich erinnere nur an die Bildungstour im letzten Jahr.

Für mich ist aber entscheidend, was unter dem Strich wirklich zu einer besseren Bildung führt. Und da fällt das Instrument Schüler – Bafög klar durch

die Reifeprüfung durch. Mangelhaft und versetzungsgefährdet wird auf dem Zeugnis stehen! Es ist ein Projekt ohne Zukunft.

Aber was wäre Ihr Instrument der ersten Wahl? Wie würden Sie sozial schlechter gestellten Kindern eine bessere Bildung ermöglichen?

Die Bildungsqualität kann nur dort verbessert werden, wo Bildung stattfindet – also in der Schule. Dort gibt es genug drängende Probleme zu lösen.

Jede Stunde Unterrichtsausfall ist eine bleibende Bildungslücke und kann kaum nachgeholt werden. Zudem wird die Entscheidung, ob das Abitur abgelegt werden soll, lange vor dem Besuch der 11. Klasse getroffen.

In den unteren Klassenstufen brauchen wir daher eine gute Frühförderung, die den Weg zum Abitur vorbereitet.

Hier sollten die Gelder investiert werden.

Der Ansatz der SPD über den Geldbeutel der Eltern ist ein Umweg und letztlich auch eine Sackgasse.



Gordon Hoffmann

Strafvollzug

Eine sinnvolle Kooperation

Die Berliner Justizsenatorin Gisela von der Aue (SPD) hat die Unterbringung von Gefangenen des Landes Berlin in Brandenburger Haftanstalten abgelehnt. Unser Abgeordneter Danny Eichelbaum sprach mit Willi Köbke vom BSBD - Landesverband Brandenburg über aktuelle Probleme um den Strafvollzug in Brandenburg.

Erhalt aller derzeitigen Standorte der Vollzugsanstalten für den Justizvollzug des Landes Brandenburg, keine weiteren, über die bisherigen Zielzahlen hinausgehenden Stellenkürzungen, unverzügliche Wiederaufnahme und Intensivierung der Ausbildung für den allgemeinen Vollzugsdienst - das sind nur einige Punkte aus dem Positionspapier des Bund der Strafvollzugsbediensteten (BSBD) - Landesverband Brandenburg e.V., das Willi Köbke unserem Abgeordneten Danny Eichelbaum vorlegte.

Eichelbaum empfing den BSBD-Landesvorsitzenden dieser Tage zu einem Gedankenaustausch über **aktuelle Probleme im und um den Strafvollzug** im Land Brandenburg. Willi Köbke erläuterte hierbei die Positionen seines Verbandes zu aktuell anstehenden Sachverhalten hinsichtlich der Standorte, des Personalstandes und der Ausbildung für den allgemeinen Vollzugsdienst.

Natürlich war in dem einstündigen Gespräch auch die **mögliche Unterbringung von Gefängnisinsassen des Landes Berlin in Brandenburger Haftanstalten** ein Thema. Damit könnte die Belegungssituation in den Justizvollzugsanstalten in der Bundeshauptstadt entschärft werden. Die Berliner Justizsenatorin Gisela von der Aue hatte das Angebot des Brandenburgischen Justizministers jedoch abgelehnt. Die Haltung der Senatorin



Foto: S. Hofschlaeger



CDU-Abgeordneter Danny Eichelbaum (l.) mit Willi Köbke, Brandenburgischer Landesvorsitzender des Bund der Strafvollzugsbediensteten.

hat bisher nicht nur in Brandenburg, sondern auch bei Berliner Politikern Kritik hervorgerufen.

Auch bei Willi Köbke stößt sie auf Unverständnis: „Seit zehn Jahren besteht ein Verwaltungsabkommen bezüglich des Vollzuges von Freiheitsstrafen an Frauen mit der wechselseitigen Unterbringung weiblicher Gefangener in Brandenburger und Berliner JVA's. Das hat bisher reibungslos funktioniert. Auch hinsichtlich der gesetzlichen Grundlagen gibt es nur geringfügige Unterschiede zwischen den beiden Ländern“, erläuterte der Landesverbandsvorsitzende im Gespräch mit Danny Eichelbaum. „Was sollte also

einer Ausdehnung der Verwaltungsvereinbarung auf den Männer- und Jugendvollzug entgegen stehen?“, fragte Köbke. Die CDU-Fraktion im Landtag Brandenburg unterstütze die **Ausweitung des Verwaltungsabkommen zwischen Brandenburg und Berlin**, sagte Eichelbaum. „Die Zusammenarbeit wird in vielen Bereichen der Justiz, beispielsweise bei gemeinsamen Fachobergerichten, einem gemeinsamen Justizprüfungsamt, bereits erfolgreich praktiziert“, so Eichelbaum weiter. Beide Gesprächspartner waren sich einig, dass die gegenwärtige Belegungssituation jedoch nicht zu übereilten Entscheidungen führen dürfe. *red/cs*

Das wird unsere Woche:

Was läuft schief?

Die Umsetzung der Forstreform im Land Brandenburg wird sich, entgegen der Zielsetzung, in bestimmten Bereichen voraussichtlich um ein Jahr verzögern. „Was läuft da schief?“, fragt sich unser Landwirtschafts- und Umweltpolitischer Sprecher Dieter Dombrowski.

Zur Klärung der Sache beantragte unsere Fraktion deshalb unter seiner Federführung einen Bericht der zuständigen Ministerin für Infrastruktur und Landwirtschaft (SPD). Mit diesem soll die Ministerin über den gegenwärtigen Stand der Umsetzung der Forstreform sowie damit verbundene Probleme bei der Aufbau- und Ablauforganisation informieren. Die Vorstellung des Berichts findet am 18. Februar im Ausschuss für Infrastruktur und Landwirtschaft des Landes Brandenburg statt. Die Sitzung ist öffentlich. cs

FRAKTIONSCLAUSUR

Am Donnerstag und Freitag der nächsten Woche kommen unsere Abgeordneten und Fachreferenten zur gemeinsamen Fraktionsklausur in Groß Dölln zusammen.

Während der zweitägigen Beratungsrunde diskutieren wir unter anderem über die künftige Ausrichtung unserer Fraktion und legen die Schwerpunkte für die Arbeit in unseren drei Arbeitskreisen fest. Um konzentriert arbeiten zu können, findet die Fraktionsklausur unter Ausschluss der Öffentlichkeit statt.

Da wir alle unsere Abgeordneten und Mitarbeiter in diesen wichtigen Gestaltungsprozess miteinbeziehen wollen, wird unsere Geschäftsstelle im Landtag an diesen beiden Tagen nicht besetzt sein.

Deshalb wird auch unser INFOTICKER am Freitag nächster Woche *nicht* erscheinen. In der darauffolgenden Woche werden wir Sie aber mit einer Extraausgabe über die Ergebnisse unserer Fraktionsklausur informieren. cs



Foto: Rafael Vogt



Danny Eichelbaum



Sven Petke

Interview

Gefahr für Brandenburg?

Im Dezember urteilte der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte, dass deutsche Vorschriften zur nachträglichen Sicherheitsverwahrung gegen die Europäische Menschenrechtskonvention verstoßen. Die Straßburger Richter gaben einem mehrfach verurteilten Sexualstraftäter Recht, der seit 18 Jahren in Sicherheitsverwahrung untergebracht ist.

Die Entscheidung des deutschen Gerichts, über die Zehnjahresfrist hinaus die Sicherheitsverwahrung aufrecht zu erhalten, wurde vom Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte als Verstoß gegen die Menschenrechtskonvention angesehen. INFOTICKER fragte unseren Rechtspolitischen Sprecher Danny Eichelbaum und Innenpolitischen Sprecher Sven Petke:

Hat das Urteil des Europäischen Gerichtshofes Auswirkungen auf Strafgefangene in Brandenburg?

Petke: Für die Sicherungsverwahrung muss generell eine neue Struktur innerhalb der Justiz gefunden werden.

In erster Linie sollte es darum gehen, dass die Sicherheit der Bevölkerung gewährleistet ist und die betreffenden Straftäter „weggeschlossen bleiben“. Da das Urteil nicht endgültig ist, können wir die Auswirkungen für Strafgefangene in Brandenburg noch nicht konkret abschätzen. Die Bundesjustizministerin hat angekündigt, gegen das Urteil Rechtsmittel einzulegen.

Auf wie viele Strafgefangene in Brandenburg hätte die mögliche endgültige Entscheidung eine Auswirkung?

Eichelbaum: In Brandenburg wurde in 18 Fällen Sicherheitsverwahrung nach Strafverbüßung angeordnet. 14 Männer sitzen noch in Strafhaft, die übrigen vier bereits in Sicherheitsverwahrung.

Petke: Richtig, und meine Anfrage an die brandenburgische Landesregierung hat ergeben, dass für zwei der Verurteilten auch nach der 10-jährigen Sicherheitsverwahrung die weitere Vollstreckung in Betracht kommt. Das ist möglich, wenn vom Täter weiterhin eine erhebliche Gefahr ausgeht. Bei den zwei anderen läuft die Zehnjahresfrist im Jahr 2014 bzw. 2018 aus.